

«Das Ende der direkten Demokratie?»

Es gibt ein Bestreben in der Schweiz (auch auf Druck der EU) die weltweit einzigartige direkte Demokratie auszuhebeln und damit das Volk auszuschalten. Diese Demokratie brachte der Schweiz Wohlstand, Frieden und weltweites Ansehen. Aber wie lange noch? Der Bundesrat tut alles, um dem Volk seine Entscheidungsfreiheit zu nehmen. Ja, es ist unbequem zu regieren, wenn wichtige Entscheide dem Volk vorgelegt werden müssen. Wenn diese Taktik des Bundesrates Erfolg haben sollte, dann werden weitere ähnliche Vorlagen kommen. Die direkte Demokratie war immer ein Garant dafür, dass es in der Schweiz keine grossen Unruhen, Proteste oder Revolutionen gab. Das Volk hatte immer das letzte Wort. Heute steht das freiheitsliebende Schweizer Volk mit dem Rücken zur Wand. Statt untätig zu warten, erlauben sich noch einige Mutige im Land die Flagge der direkten Demokratie hoch zu halten und kämpfen, ohne Rücksicht auf eine mögliche Niederlage.



Yvette Estermann,
Präsidentin SVP
Kanton Luzern

Personenfreizügigkeit ist nicht mehr steuerbar

Personenfreizügigkeit, das bedeutet, dass die Behörden eines Landes die Einwanderung nicht mehr kontrollieren können. Der Staat kann nicht mehr kontrollieren, wie viele Leute kommen (Quantität) und wie gut ausgebildet diese sind (Qualität). Mit der Personenfreizügigkeit kann jeder kommen, der sich auf einen Arbeitsvertrag stützt, oder er kann als selbständig Erwerbender einwandern; gleichgültig, woher er kommt, welche Religion er hat, welche Arbeitsmentalität er aufweist, etc. Je grösser der Unterschied zwischen der Schweiz und dem betreffenden Land ist, desto mehr steigen die Probleme. Wie das Beispiel Italien zeigt, sind Länder wie Rumänien hoch problematisch. Je attraktiver die Schweiz bleibt, desto höher ist die Einwanderung. Das erste Jahr der vollen Personenfreizügigkeit mit den alten EU-Staaten hat uns mit der Einwanderung aus Deutschland gezeigt: Wir können nicht voraussagen, ob die Schweiz in einigen Jahrzehnten zehn oder fünfzehn Millionen Einwohner haben wird. Diese Entwicklung dürfen wir unserer Jugend nicht zumuten vor allem nicht der jungen Generation, welche die von uns eingebrachten Probleme langfristig auslöffen muss.



Luzi Stamm,
Nationalrat (AG)

Millionen für korrupte Staaten?

Die beiden Länder fordern lautstark Kohäsionsmillionen von der Schweiz. Warum soll unser Land Rumänien und Bulgarien, den korruptesten Staaten in der EU, die – wie die EU selbst sagt – viel zu wenig tun, um das Justizwesen zu reformieren und die Korruption zu bekämpfen, mit 300 oder sogar 350 Millionen CHF an Steuergeldern unterstützen? Es muss zu denken geben, dass die EU eben jetzt Unterstützungsgelder von 500 Millionen an Bulgarien zurückbehält.

In Bezug auf die Personenfreizügigkeit hat die Schweiz zwar gute Übergangsfristen ausgehandelt. Ausländer, können nur in die Schweiz kommen, wenn Sie sich über eine Arbeit ausweisen können. Was geschieht aber, wenn sie nach wenigen Monaten die Arbeit nicht mehr haben? Sie können nicht mehr in ihr Heimatland ausgeschafft werden und leben dann von unserem Sozialstaat. Es ist leider eine Tatsache, dass wir bei der Polizei dann oft mit diesen Menschen zu tun haben.



Andrea Geissbühler,
Nationalrätin (BE)

Ohne Referendum keine Volksabstimmung

Die direktdemokratischen Rechte des Souveräns in der Schweiz sind weltweit einzigartig. Dank unserer Volksrechte können die Stimmbürger eine Oppositionsrolle wahrnehmen gegen eine zu selbstherrlich gewordene Politikerkaste.

Nun hat ebendiese Politikerkaste der Schweiz die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien verordnet.

Wird dagegen kein Referendum ergriffen, werden die Stimmbürger auf die politische Zuschauertribüne verbannt. Von dort aus müssen sie beobachten, wie sich die Schweiz zunehmend alle Zügel in der Einwanderungspolitik aus der Hand nehmen lässt. Wie sich unser Wohlfahrtsstaat weiter für Sozialtouristen öffnet. Wie noch mehr Ausländerkriminalität importiert wird. Wie die Gewerkschaften wegen den flankierenden Massnahmen in ihrer Obstruktionspolitik gestärkt werden.

Hier drohen Stimmbürger zu Stummbürgern zu werden. Aus diesem Grund ist es unsere demokratische Pflicht, das Referendum gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit zu ergreifen. Verschaffen wir dem Souverän eine Stimme gegen die classe politique.



Patrick Freudiger,
Stadtrat, Langenthal

Mehr Arbeitslosigkeit und höhere Belastung der Sozialwerke

Freier Personenverkehr bedeutet auch freie Einwanderung. Alle können kommen und auch von den Sozialwerken profitieren. Momentan federn Kontingente, Übergangsfristen und die gute Wirtschaftslage die Auswirkungen noch ab. Aber das wird sich in den nächsten Jahren ändern. Sollte sich die Schweizer Wirtschaft abkühlen und in eine Rezession fallen, wird sich die Situation weiter verschärfen. Denn auch in schlechten wirtschaftlichen Zeiten können ungebremst Menschen aus den Oststaaten einwandern und sich niederlassen. Die Schweiz braucht aber eine flexible und kontrollierbare Ausländerpolitik, welche sich der aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt anpassen kann. Freie Einwan-

derung hingegen führt zu einer Nivellierung nach unten und zu Armut. Speziell die Jungen spüren den Druck auf dem Arbeitsmarkt. So werden viele Firmen gezwungen, einen Ausländer mit tieferem Lohn einzustellen anstatt einen jungen Schweizer auszubilden und ihm eine Chance zu geben. Die Folgen: Mehr Arbeitslosigkeit und höhere Belastung der Sozialwerke.

Lukas Reimann, Nationalrat (SG)



IMPRESSUM Verleger/Chefredaktor: Grossrat Thomas Fuchs, Bern-Niederbottigen, tf@thomas-fuchs.ch – Herausgeber: Förderverein SVP/JSVP – Redaktion DIE IDEE: Postfach 6803, 3001 Bern, Telefon: 079 302 10 09, Telefax: 031 398 42 02, Homepage: www.zeitungidee.ch, E-Mail: idee@jsvp.ch, PC-Konto Junge SVP Schweiz 30-22329-2

FÜR DIE DIREKTE DEMOKRATIE – GEGEN UNDEMOKRATISCHE MACHENSCHAFTEN DES PARLAMENTS